

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Leipzig, Aden & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren monatlich 2,00 M. Durch den Postbezugsvermerk 600 24, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich Ungarn 600 25.

Redaktion: Reichenplatz 10. Tel. 25281. Ezechialische nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Reichenplatz 10. Tel. 25281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die 7-spaltige Normzeile 30 Pf., Familienanzeigen 20 Pf., die 5-spaltige Normzeile 3 Pf. Bei mehrmaliger Ausgabe Rabatt. Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpachtung zur Aufnahme an vergeblichen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Verlagsverlegung 20 Pf.

Nr. 258

Dresden, Freitag den 7. November 1919

30. Jahrg.

Clemenceau in Deutschland

Der Empfang in Kehl

Kehl, 7. November. Von Straßburg hat Clemenceau einen kurzen Abstecher nach Kehl gemacht, hat also deutschen Boden betreten. Clemenceau ist bei dieser Gelegenheit von deutschen Behörden begrüßt worden. Die Begegnung ist nach Telegrammen Pariser Blätter sehr korrekt verlaufen. Als Clemenceau im Automobil durch Kehl fuhr, war die Stadt wie ausgestorben. Alle Einwohner hatten sich in die Häuser zurückgezogen und auch in den umliegenden Dörfern zeigte sich niemand. Einige Plakate mit der Aufschrift „Willkommen“ erregten die Aufmerksamkeit Clemenceaus, aber man belehrte ihn, daß dieser Gruß nicht ihm gelte, sondern den heimkehrenden Kriegsgefangenen.

Schrittmacher des Glücks

Wegen die Generalstreikbewegungen der unabhängig-kommunistischen Fraktionen in Berlin sind von der Regierung die härtesten Maßnahmen ergreifen worden. Jeder Sozialdemokrat wird es bedauern, daß eine Regierung, an der Arbeiter beteiligt sind, mit polizeilichen Maßnahmen gegen Arbeiter vorgehen muß, aber die Gefahren und Schäden, die dem deutschen Volk aus dem Berliner Wahnsinnsspiel erwachsen, sind allzu groß. Es ist sicher kein Zufall, daß unsere Soldaten jetzt gerade einen ungeheuren Triumph erringt hat. 650.000 Mann wurden am 6. November an die Berliner Westfront für 100 Schweizer Franz gequält werden, für die im Felde circa 81 Mann gegeben wurden. Das heißt also, jedes Pfund Brot und jedes Meißer Stroh, das wir aus dem Ausland beziehen, wird uns durch die Entwertung unseres Geldes um das Vielfache verteuert.

Nach nicht auch im Ausland das Vertrauen auf die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands immer mehr sinken, wenn immer wieder Nachrichten von schweren Erntungen des deutschen Wirtschaftlichen in die Welt hinausgehen? Um Rohstoffe und Nahrungsmittel zu bekommen, brauchen wir die Erzeugnisse unserer Arbeit. Aber die unabhängig-kommunistischen Fraktionen wollen, daß möglichst wenig erzeugt wird, daß uns die Mittel aus der Hand genommen werden, um uns, unsere Frauen und Kinder vor Hunger und Kummer zu schützen. Das ist doch einer der letzten bei Anbruch des Berliner Streiks ungeschicktesten Ausdrucks: Von Export müssen wir vor allen Dingen trennen. Jede Unterbindung des Exportes aber bedeutet eine Verbilligung unserer Warena, eine Vertierung aller ausländischen Waren. Die Gewinne der Wucherer und Schieber werden von den Leuten, die den Streik um jeden Preis wollen, besorgt. Der große Warenmangel ist der Boden, auf dem der Wucher und die Schieberei so üppig gedeihen können. Sowohl ist es nötig, daß die härtesten Maßnahmen gegen die Wucherer- und Schieberei angewandt werden, aber das beste Mittel im Kampfe gegen Zerstörung und Wucher ist die Arbeit, die die Menge der uns zur Verfügung stehenden Waren vermehrt. Aber den Leuten, die die Berliner Arbeiter in den Generalstreik treiben wollen, ist es gleichgültig, ob die Teuerung durch ihr törichtes Verhalten vermehrt, der Wucher begünstigt wird. Ihnen ist der Sinn für die wahren Interessen des deutschen Volkes vollständig abhanden gekommen. Die Lust an törichter Revolution und Streikselbstmord läßt bei ihnen alle vernünftigen Erwägungen in den Hintergrund treten.

Sie sehen nicht und wollen auch nicht sehen, daß sie der größten Reaktion mit ihrem Verhalten dienen. Die Parteien, an denen sich die früheren Herren Deutschlands zusammenschlossen, haben sich so belahmt, daß sie verdammt wenig Aussicht haben, wieder festen Boden im deutschen Volk zu fassen. Sie können sich keine besseren Bundesgenossen suchen als die unabhängig-kommunistischen Berliner Generalstreikpartei. Die Arbeiterklasse ist heute zweifelslos die politisch einflussreichste Klasse in Deutschland. Was ist mehr geeignet, den Glauben an die Fähigkeit der Arbeiterklasse zum Regieren zu erschüttern, als wenn immer wieder Arbeiter in sinnloser Weise gegen ihre eigenen Interessen, gegen das deutsche Volk wüten, indem sie gewalttätig so schwer leidendes Wirtschaftsleben immer wieder stören?

Deshalb ist es gut, daß die Männer, die an der Regierung bilden, mit aller Energie gegen die heimische kommunistischen Fraktionen in Berlin vorgehen. Gelingt es unserer Regierung nicht, die Schicksale von dem deutschen Volk fernzuhalten, die ihm aus dem Berliner Streikwahnsinn zu erwachsen drohen, so würden auch große Teile der deutschen Arbeiterklasse das Vertrauen zu der Regierung verlieren und die Revolution hätte leichtes Spiel, wenn sie den Massen verstände, daß sie die notwendige Ordnung schaffen werde und beschaffen könnte. Wenn zweijährigen Volksgläubiger, denen keine Erlösung unsere Wirtschaftlichen lange genug dauern kann, sind Schädlinge des deutschen Volkes, sind Feinde der Arbeiterschaft. Sie sind Schicksalbringer der Wucherer- und Schieberei, sie sind Schicksalbringer der Reaktion. Es ist höchste Zeit, daß die deutschen Arbeiter diesen Leuten für immer den Laufpaß geben.

Deutschland muß zahlen

Zürich, 7. November. Aus Paris wird gemeldet: Der Oberste Rat hat sich Donnerstag unter Pichons Vorsitz verammelt und folgendes beschlossen:

1. Das Gehalt der internationalen Abordnungen zur Beaufsichtigung der Abrüstung Deutschlands ist von Deutschland zu bezahlen.
 2. Die Noten, die vor der Unterzeichnung des Vertrags von St. Germain zwischen der österreichischen Abordnung und dem Obersten Räte ausgetauscht worden sind, müssen verfallbar werden.
 3. Die Zwangsmaßnahmen gegen die Deutschen wegen Nichtausführung der Bestimmungen über die Räumung des Baltikums haben keine rückwirkende Kraft.
- Ob Amerika ratifiziert oder nicht: jedenfalls ist der Oberste Rat entschlossen, den Friedensvertrag in Kraft treten zu lassen, und zwar am 20. November. Bei dieser Entscheidung soll es selbst dann bleiben, wenn Wilson durch die Opposition genötigt wird, den Vertrag zurückzuziehen. Die Ratifizierung für den Beitritt zum Völkerbund wird am 20. Januar nächsten Jahres zu Ende gehen.

Die Baltikum-Verschwörung

Von gut unterrichteter Seite wird dem Fortwärts geschrieben:

Die Agenten der Baltikum-Insurgenten haben in letzter Zeit eine ungeheure Geschäftigkeit entwickelt. Der Reichswehrminister Noske wurde bis vor kurzem durch untergeordnete militärische Organe, die mit den Verschwörern innerlich sympathisieren, in Unkenntnis über den Umfang des Herbes- und Agentennetzwerks gehalten. Sichtlich halten er wie die ihm direkt beigeordneten Herren den festen Willen, dem Unwesen mit aller Härte zu begegnen. Die mittleren und untergeordneten militärischen Stellen verstanden aber, wie es scheint, die Anordnungen des Reichswehrministers und seiner nächsten Umgebung in ihr Gegenteil umzuwandeln und das Treiben der Insurgenten zu unterstützen. Eine räuberische Ausnützung hierbei machte der Kommandant von Berlin Major Kaupisch. Dieser im Sinne der Republik hervorragende bewährte Offizier kümmerte sich nicht um die Anordnungen der Kommandanten und ging den Agenten des Majors Biskup mit allen ihm an Gebote stehenden Organen energisch ans Leder. Bereits vor einigen Tagen veranlaßte er, daß angefocht werde. Der Erfolg dieses Eingreifens war verblüffend. Es gelang, einen großen Teil der Verschwörung aufzudecken und zahlreiche schwer beladene Personen festzunehmen. Auf Grund der vorliegenden Beweise hat der Reichswehrminister Noske nunmehr den Auftrag gegeben, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Herbetätigkeit vorzugehen. Das geht nicht nur in den Militärbehörden vorhandenen Festhalten der baltischen Kretschmarler nicht in den Kraut. Sie suchten und fanden Mittel und Wege, um

den unbegonnenen Major Kaupisch zu befehlen. Sichtlich erinnerten sie sich daran, daß der Posten, den er innehat, nicht seinem Range entspricht, sondern durch einen Oberst besetzt werden muß. Jedenfalls ohne vorheriges Einverständnis mit Noske ernannte das Personalamt des Kriegsministeriums einen Obersten zum Kommandanten von Berlin. Wie es in allen militärischen Refektorien jagt, so auch beim Personalamt. Untergeordnete Organe haben die Sache und legten sie dem Chef des Stabes, der sie als ordnungsgemäß betrachtete, mußte und gegen den hier kein Protest erhoben wird, dem General v. Oldershausen zur Unterschrift vor. Damit aber das Intrigenspiel nicht zur unerbittlichen Zeit Stand anwirbelt, wird die Veröffentlichung der Ernennung und die Einführung des neuen Kommandanten etwas hinausgeschoben. Die Lage der Revolutionen erfordern den gewichtigen Lasten der Militärkommandanten doch wohl als ein ungeeigneter Augenblick für die Durchführung der Aktion. Erst nach dem 1. November soll der Schluß des Intrigenspiels vor sich geben.

Hier wird nun ein verdienter Mann, der der Republik im verstrichenen Jahre große Dienste geleistet und sich durch umsichtiges, tatkraftvolles Verhalten bewährt hat, trotz weitgehendem Vertrauen seiner höchsten Vorgesetzten abgesetzt, weil er seine Pflicht tut und den Anordnungen der Regierung Geltung verschafft.

Soll diese Intrige der Berliner Baltikumforscher wirklich zum Erfolge führen?

Wie von anderer Seite gemeldet wird, sind in den letzten Tagen zwei Zentralkomitees der Arbeiterbewegung für das Baltikum in Berlin ausgearbeitet worden. In der einen wurde angeordnet und festgestellt der Sohn des Generals v. d. Goltz. In keinem Befehl bestand sich ein als „vertraulich und geheim“ bezeichnetes Schriftstück, das die Namen verschiedener im Auswärtigen Amt tätiger Herren enthält, die von dort aus als Vertrauensleute die baltische Sache fördern.

Die Stärke der Baltentruppen

London, 4. November. Im Unterhaus erklärte Churchill in Erwiderung auf eine Anfrage, das verfügbare Gemeinmaterial gelte, daß die Stärke der deutschen Streitkräfte in den baltischen Staaten etwa 25.000 Mann betrage, von denen 15.000 aufeinander gewandt seien, nach Deutschland zurückzuführen. Die übrigen 10.000 Mann seien den deutsch-russischen russischen Truppen unter Verbands beigesetzt, dem Judentum die Anerkennung verweigert und den er in die Käs erklärt habe.

Die Mission Nessel

Kiel, 7. November. Der Oberste Rat hat nach dem Journal für die Mission Nessel Anweisungen ausgegeben, die ihr einen ausschließlich militärischen Charakter geben und als ihre einzige Aufgabe die Überwachung der Mission des Baltikums durch die deutschen Truppen bezeichnen.

Die widerrufenene Generalstreikparole.

Der Versuch der Berliner Unabhängigen und Kommunisten, den wirtschaftlichen Zustand in der Berliner Metallindustrie über die Köpfe der Massen hinweg zu einem politischen Generalstreik werden zu lassen, ist vollständig gescheitert. Sie wollten durch ihren Beschluß sowohl die Gewerkschaft der Berliner Gewerkschaften als auch die sozialdemokratische Partei vor eine vollendete Tatsache stellen in der Annahme, daß sich diese Organisationen stillschweigend damit abfinden und dem durch die unabhängig-kommunistischen Gewerkschaften ins Rollen gebrachten Radikalen Lauf lassen würden. Diese Skandalation auf das widerstandlose Dulden ihres Terrors hat diesmal getrogen. Unter den Vertretern der Gewerkschaft der Berliner Gewerkschaften war das Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber der Allgemeinheit rege und stark genug, um die unabhängig-kommunistische Generalstreikparole zu Fall zu bringen. Und daß sich die sozialdemokratischen Betriebsräte und Vertrauensmänner nicht für die Verantwortung für die unverantwortlichen, das ganze Wirtschaftsleben und besonders die Lebensmittel- und Kohlenversorgung der breiten Bevölkerung rücksichtslos gefährdenden Treiberbewegungen verantworten lassen, das hätten sich diese bei ruhiger Überlegung vorher sagen können. Da ihnen diese Verantwortung fehlte, mußten sie sich jetzt wie besoffene Fudel zurückziehen. Aus Berlin wird gemeldet:

Die Fünfschneckenkommission des Reichsstatistik, der Bezirksverband der Unabhängigen Partei von Berlin-Vorstadt und der sozialdemokratische Parteivorstand haben gegen den Reichsstatistik und Gewerkschaften herangezogenen Generalstreik durch Aufruf rückgängig. Der Kampf der Metallarbeiter geht unerbittert weiter.

In diesem blutigen Kampf wird nicht zuerst auch die zu spät erwachte Erkenntnis beizutragen haben, daß es die breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung gründlich satt bekommen haben, sich von den unabhängig-kommunistischen Fraktionen am Rarrenseil umherziehen, aus einer Streikbewegung in die andere zu treiben und zu ihren vortripolitischen Plänen mißbrauchen zu lassen. Die richtige Überlegung, die Vernunft hat in den Massen erschütterterweise wieder die Herrschaft über die tönende Redensart, die hohe Brause davon getragen und damit hat die linksradikale Rede ihre Wirkung zu einem guten Teil verloren. Die Massen sehen ein, daß uns diese Rede immer näher an den Rand des Abgrundes treibt und daß wir Ruhe und Stetigkeit brauchen, wenn unter Wirtschaftlichen zum Wohl des ganzen Volkes wieder geklungen soll. Das — vielleicht noch unbedauerte — Eingekündigt dieser erschütternden Tatsache liegt in dem Widerruf der Generalstreikparole durch die Berliner Linksradikalen.

Auch aus dem von den unabhängig-kommunistischen Streiktreibern erhofften Streikabnehmerstreik ist nichts geworden. Die in dieser Richtung laufenden Verjude der linksradikalen Funktionäre scheiterten an der ablehnenden Haltung des bei weitem überwiegenden besonnenen Teiles des Betriebspersonals. Alle zwanzig Bahnhöfe sind im Betrieb. Dagegen trat das Betriebspersonal der städtischen Straßenbahnen in den Antipathiestreik, der aber bei dem geringen Umfang dieses Bahnnetzes für die allgemeine Verkehrsverhältnisse bedeutungslos ist. Bis zur letzten Mittagsstunde hat auch die städtische Straßenbahn den vollen normalen Verkehr wieder durchgeführt. Bei den Betriebsarbeitern der Großen Berliner Straßenbahn fand gestern mittag eine Besprechung wegen Wiederannahme der Arbeit statt.